



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/11/state-departments-attack-on-the-bds-movement-violates-freedom-of-expression-and-endangers-human-rights-protection/>

PRESSEMITTEILUNG

19. November 2020, 15:49 UTC

ISRAEL/BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE: **Angriff des US-Außenministeriums auf BDS-Bewegung verstößt gegen freie Meinungsäußerung und gefährdet den Schutz von Menschenrechten**

Einer kürzlichen Ankündigung zufolge beabsichtigt das US-Außenministerium, die BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen) als antisemitisch einzustufen. Zudem soll herausgefunden werden, welche Organisationen BDS unterstützen, um deren Finanzierungswege zu überprüfen und zu blockieren. In Reaktion darauf gab der zeitweilige geschäftsführende Leiter der US-amerikanischen Sektion von Amnesty International die folgende Stellungnahme ab:

„Dass das US-Außenministerium Gruppen ins Zielvisier nimmt und beschuldigt antisemitisch zu sein, die zur Beendigung von Menschenrechtsverletzungen an Palästinenser_innen den Einsatz friedlicher Mittel wie etwa Boykotte befürworten, verstößt gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung und ist ein Geschenk an all jene, die Menschenrechtsverteidiger und Aktivisten auf der ganzen Welt zum Schweigen bringen, schikanieren, einschüchtern und unterdrücken wollen. Hierbei handelt es sich schlechtweg um den neusten Vorstoß einer US-Regierung, die entschlossen ist, die Allgemeingültigkeit von Menschenrechten und den weltweiten Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung – und damit auch gegen den Antisemitismus – zu untergraben.“

„Für Boykotte, Investitionsrückzug und Sanktionen einzutreten, ist eine Form des gewaltfreien Widerstands und der freien Meinungsäußerung, die unterstützt werden muss. Befürwortern von Boykotten muss es erlaubt sein, ihre Ansichten frei zu äußern und ihre Kampagnen zu betreiben, ohne dass sie mit Schikanierungen, drohender strafrechtlicher Verfolgung oder Kriminalisierung oder mit anderen Maßnahmen rechnen müssen, die gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung verstoßen. Anstatt gegen die BDS-Bewegung und ihre Aktionen vorzugehen und diese einzuschränken, sollten die USA, dererlei Maßnahmen vielmehr beenden und dafür Sorge tragen, dass BDS-Unterstützer ihre Ansichten ohne Schikanierungen und drohende strafrechtliche Verfolgung frei darlegen und ihre Kampagnen voranbringen können“.

„Indem sie friedlichen Aktivisten und Menschenrechtsverteidigern gegenüber falsche und politisch motivierte Antisemitismusvorwürfe zum Anschlag bringt, folgt die US-Administration dem Ansatz der israelischen Regierung und schirmt diejenigen vor jeder Verantwortung ab, deren rechtswidrige Aktivitäten Menschen in Israel, den besetzten palästinensischen Gebieten und auch hier in den USA Schaden zufügen. Dieser Vorgang hinterlässt einen besonders heuchlerischen und betrügerischen Eindruck, weil er von einer US-Regierung kommt, die Neonazis, weiße Suprematisten und andere Gruppen, die für Gewalt und Diskriminierung stehen, bestärkt, die den internationalen Völkerrechten gegenüber eine kaltschnäuzige Geringschätzung an den Tag legt, und die eine israelische Politik favorisiert, die zur institutionalisierten Diskriminierung von und zu systematischen Menschenrechtsverletzungen an Millionen von Palästinenser_innen führt.“

„Diese Verfahrensweise verletzt auch die Gefühle jüdischer Menschen, weil der Staat Israel dadurch mit dem Judentum gleichsetzt und Kritik an den Vorgehensweisen der israelischen Regierung auf eine Stufe mit antisemitischen Praktiken gestellt wird. Das untergräbt auch die Arbeit von Amnesty International im Nahen Osten und anderen Regionen der Welt, wo es um den Schutz der Rechte religiöser oder anderer Minderheiten geht.“

„Wir werden unsere israelischen und palästinensischen Kollegen weiterhin unterstützen, einschließlich der BDS-Aktivisten, die wie alle Menschenrechtsverteidiger weltweit aufstehen, wenn Menschen Gerechtigkeit, Freiheit, Wahrheit und Würde verweigert werden.“